

Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 11. Februar 2016. Vor Eintritt in die Tagesordnung zeichnete Oberbürgermeister Thomas Geisel den Stadtdirektor Burkhard Hintzsche mit dem Ehrenring des Rates als Wertschätzung und Zeichen des Dankes für seine 12 jährige Tätigkeit als Beigeordneter seit 2.10.2003 aus.

Drei Anträge der CDU – Restanten aus der November-Sitzung – hatten sich inzwischen erledigt. Es entstand eine Debatte über die Zulässigkeit von aktuellen Anfragen. Die Verwaltung lehnte ab, eine Anfrage der FDP zur Tour de France als aktuell zu behandeln ebenso wie eine Anfrage des Piraten zum Kassenkredit, über den schon am 25.1. im Haupt- und Finanzausschuss berichtet wurde. Demzufolge hätte eine reguläre Anfrage eingereicht werden können.

Aktuelle Anfragen

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Tierschutzpartei/Freie Wähler schilderte die Verwaltung das **Elektromobilitätsprojekt E-Carflex Business**. Das durch das Bundesverkehrsministerium geförderte Projekt läuft bis zum 30.6.2016. Anschließend wird die Abschlussevaluation der Begleitforschung fertiggestellt. Es soll untersucht werden, ob es für Unternehmen wirtschaftlich ist, betrieblich genutzte Elektrofahrzeuge der eigenen Flotte nach Dienstschluss und am Wochenende weiteren Nutzergruppen über Carsharing zu vermieten. Nach Abzug von 355.000 Fördermitteln hat Düsseldorf bisher rd. 165.000 Euro aufgewendet, weitere 48.000 Euro werden bis zum Abschluss anfallen.

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der FDP erläuterte die Verwaltung, dass nach dem NRW-Flüchtlingsgesetz die **Zuweisung der Flüchtlinge auf die Kommunen** zu 90 % nach Einwohneranteilen und zu 10 % nach Flächenanteil erfolgt. Für Düsseldorf wurde ein Aufnahmedefizit von 3504 Flüchtlingen ermittelt. Die Stadtverwaltung hat in Gesprächen mit den Bezirksregierungen Düsseldorf und Arnsberg Zweifel an den Regelungen des Gesetzes im Hinblick auf die Anrechnung von Plätzen des Landes platziert, weil Grundlage der Berechnung die vorhandenen 285.000 Landesplätze sind und nicht die untergebrachten 217.000 Flüchtlinge. Auch die Anrechnung der städtischen Leistungen am Drehkreuz Flughafen-Bahnhof, über das seit September 40.000 Flüchtlinge medizinisch erstversorgt und an weitere Kommunen vermittelt wurden, ist noch nicht gesetzlich geregelt.

Anfragen

Eine Anfrage der Linken befasste sich mit dem **Handlungskonzept Wohnen**, das am 6.6.2013 beschlossen wurde. Die Verwaltung teilte mit, dass 12 Bebauungsplanverfahren mit 2240 Wohnungen im Verfahren sind, die frühestens 2016 rechtskräftig werden. Hier sind 350 öffentlich geförderte und 465 preis gedämpfte Wohnungen (Miete 8,50 je qm) geplant. Rechtskräftig wurde seit dem Ratsbeschluss die Änderung des Bebauungsplanes Thyssen-Trade-Center. Hier werden 20 % preisgedämpfte Wohnungen mit 8,50 Euro Miete entstehen. Wegen der ungünstigen Fördermöglichkeiten für Umbauten (ehemals Büro) konnten keine öffentlich geförderten Wohnungen errichtet werden. Im Umfang von 5270 Wohnungen sind Bebauungspläne schon vor dem vorgenannten Ratsbeschluss im Verfahren. Durch Nachverhandlungen können 16 % öffentlich geförderte und 12 % preisgedämpfte Wohnungen in 1-2 Jahren entstehen. Für Bebauungspläne, die vor dem Ratsbeschluss schon im Verfahren waren und die inzwischen rechtskräftig geworden sind, konnten für 2630 Wohnungen 9 % öffentlich geförderte und 15 % preisgedämpfte Wohnungen nachverhandelt werden (Miete in 3 Verfahren 8,50 Euro, in 2 Verfahren 9,50 bzw. 10 Euro). In Vorplanung sind 25 Vorhaben mit 4730 Wohnungen, für die das Handlungskonzept (20 % öffentlich geför-

derte und 20 % preisgedämpfte Wohnungen mit 8,50 Euro) zur Anwendung kommt. Hier kann noch keine Realisierungszeit genannt werden. Auf 7 verkauften städtischen Grundstücken werden 590 Wohnungen errichtet, wobei 39 % öffentlich geförderte und 30 % preisgedämpfte Wohnungen gebaut werden. Auf privaten Grundstücken wurden für 300 Wohneinheiten öffentliche Mittel bewilligt. Die Verwaltung wies daraufhin, dass für das Hochhaus Mercedesstraße keine öffentlichen Mittel bewilligt werden können, es werden aber 20 % preisgedämpfte Wohnungen entstehen. In der Westfalenstraße 46/48 werden wegen der zahlreichen öffentlich geförderten Wohnungen im Umfeld 25 % preisgedämpfte Wohnungen errichtet.

Auf Anfrage der Linken teilte die Verwaltung mit, dass seit dem Ratsbeschluss vom 25.6.2015 8 Personen, davon 1 Kind unter 14 Jahren, wegen eines angekündigten Suizidversuchs **unangemeldet abgeschoben** worden. Eine volljährige Person wurde nachts abgeholt, weil wegen einer Überstellung nach Dublin-Abkommen die betreffende Person um 12 Uhr an der dänischen Grenze sein müsste.

Eine Anfrage des Rasherrn Maniera befasste sich mit den **Übergriffen während der Silvesterfeierlichkeiten**. Die Verwaltung konnte die Fragen nicht beantworten, da die Ermittlung der Zahlen in die Zuständigkeiten der Polizei fällt. Die Stadt verwies auf die in der Geschäftsstelle der Jonges eingerichtete Anlaufstelle für mögliche Opfer.

Aufgrund einer Anfrage der Tierschutzpartie/Freie Wähler teilte die Verwaltung mit, dass die **StadtLandBahn GbR** im Rahmen der Planung des RRX im Auftrag der Stadt tätig ist. Die Qualifikation des Büros wurde anhand von Referenzen überprüft. Eine Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung bestand nicht, das Honorar wird nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure abgerechnet.

Anträge der Fraktionen

Der Rat beauftragte auf Antrag von SPD, FDP, BÜ90 (Enthaltung Rep) die Verwaltung, die **neue Bleiberechtsregelung proaktiv** zu nutzen, um mehr geduldete Flüchtlinge in einen sicheren Aufenthalt zu bringen.

Auf Antrag von SPD, FDP, BÜ 90 beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung zu prüfen, wie und durch welchen privaten Betreiber ein **Schwimmbad am Rhein**, beispielsweise in Form eines Badeschiffes, im Bereich der Innenstadt realisiert werden kann. Denkbare Standorte sind der Medienhafen und nördlich der Rheinterrassen. In die Prüfung sollen Erlebnismöglichkeiten einbezogen werden wie ein Stadtstrand, gastronomische Angebote, Urban Gardening, Fitness & Bewegungsparcours oder öffentliche Kulturräume. BürgerInnen sollen beteiligt werden.

Über einen Antrag des Piraten, die Suche auf das gesamte Stadtgebiet am Rhein auszuweiten sowie die Umnutzung der Yachthäfen einzubeziehen, wurde nicht mehr abgestimmt.

Der Antrag der CDU, unverzüglich einen Wettbewerb mit interdisziplinären Teams zur **Umgestaltung der Shadowstraße** durchzuführen und die Ergebnisse den Fachausschüssen vorzustellen, wurde von SPD, FDP, BÜ 90 abgelehnt, weil schon mehrere öffentliche Veranstaltungen zur Gestaltung stattgefunden haben.

Im Rahmen eines Antrags der Linken zur **Tour de France** (Keine städtischen Mittel für die Tour de France) entfachte eine breite Diskussion über den Grand Depart der Tour de France im Juli 2017. Der Oberbürgermeister kündigte an, dass der Rat lückenlos über Veranstaltungen und Finanzierung aufgeklärt wird. Er setzt sich dafür ein, dass der Veranstalter AOS zustimmt, dass der geschlossene Vertrag veröffentlicht wird. Der Flughafen Düsseldorf wird sich mit 0,5 Mio Euro als Sponsor beteiligen, da

er großen Nutzen darin sieht. Erste Zahlungen wurden bereits an den Veranstalter geleistet.

Nach einer Sitzungspause erklärte die Linke, dass sie nichts gegen die Tour de France hat, aber gegen die Finanzierung aus städtischen Mitteln ist. Sie zog ihren Antrag verbunden mit der Erwartung zurück, dass zur nächsten Sitzung ein Finanzkonzept vorliegt. Oberbürgermeister Thomas Geisel erklärte, dass er zu seinem Wort steht, zur nächsten Ratssitzung einen Wirtschaftsplan vorlegen und in jeder Sitzung berichten wird, wie der Stand in Bezug auf die Einwerbung von Sponsorenmitteln ist.

Auf Antrag von SPD, FDP, BÜ 90 beauftragte der Rat einstimmig die Verwaltung, weitergehende Konzeptionen und Maßnahmen zu **Reduzierung von NOX-Belastungen** (Stickoxide) zu erarbeiten. Dazu sind insbesondere die Potenziale des Umweltverbundes zu fördern und entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen. Als Maßnahmen kommen in Frage die Förderung des ÖPNV, die Umrüstung der Fahrzeugflotte der Rheinbahn auf schadstoffarme und -freie Antriebstechnik, der Ausbau des Radwegenetzes, die Förderung der Elektromobilität bei der Fahrzeugflotte der Stadt, der weitere Ausbau der Ladeinfrastruktur, die Entwicklung von Modellen für verkehrslenkende Maßnahmen wie LKW-Routen zur Vermeidung der Emissionen an besonders belasteten Straßen, die Unterstützung der Elektrifizierung der Regiobahn. Die Verwaltung wurde aufgefordert, den Bundesratsbeschluss zur Sonderabschreibung für neu zu beschaffende Elektrofahrzeuge über den Städtetag zu unterstützen und den Rat und die Fachausschüsse mindestens jährlich über die durchgeführten Maßnahmen zu unterrichten.

Kleine Kommission Kö-Bogen

Die Verwaltung teilte mit, dass seit Inbetriebnahme des Tunnels der Ausbau des Schallschutzes und der Geländer erfolgt. Die oberste Straßendeckschicht wird witterungsbedingt erst im Frühjahr aufgetragen. Die Rohbauarbeiten an der Spindel gehen voran. Die Straßenbahngleise werden bis zum Betrieb der Wehrhahnlinie fertig verlegt. Mit den Oberflächenarbeiten im Bereich des Martin-Luther-Platzes wird im April begonnen. Terminplanung und Kostenkalkulation sind positiv stabil.

Kommission RRX

Der Oberbürgermeister informierte, dass die Bahn für die Abschnitte Kalkum-Unterrath und Wehrhahn-Reisholz die Anträge auf Planfestsetzungen in den nächsten Monaten stellen wird. Im Abschnitt Kalkum-Unterrath hat die Stadt eine Umplanung gefordert: Rettungszugänge sollen nicht alle 1000 m sondern jeweils nach 200 m eingerichtet werden. Außerdem sollen transparente Sehstreifen in die Schallschutzwände eingebaut werden. Im Abschnitt Wehrhahn-Reisholz sollen die Eisenbahnüberführungen Seeheimer Weg und Darmstädter Straße hinsichtlich Breite und Höhe bestehen bleiben, da sonst immense Kosten auf die Stadt zukommen. Im Bereich der Gustav-Poensgen-Straße, der Arminstraße und der Vulkanstraße hat die Stadt darauf hingewiesen, dass der Platz für die Gründungen der Lärmschutzwände mit dem Baumbestand kollidiert. Die Bürgerinitiative Angermund hat die Servicestelle des Landes „Dialog schafft Zukunft“ gebeten, einen Runden Tisch auf den Weg zu bringen, eine Rückmeldung der Bahn hinsichtlich ihrer Teilnahme steht noch aus.

Verwaltungsvorlagen

Der Rat nahm einstimmig mit Dank das **Vermächtnis** eines Düsseldorfer Sammlers zugunsten des Hetjens-Museums an. Es handelt sich um 71 Meissener Porzellane des 18. Jahrhunderts sowie eine großzügige Geldsumme zur Einrichtung der Sammlung.

Der Rat beschloss, in 2016 (ab 10.3.) die öffentlichen Teile der Ratssitzungen von **Gebärdendolmetschern/-dolmetscherinnen** übersetzen zu lassen, die Verdolmet-

schung per Live-Stream zu übertragen, zu speichern und zum nachträglichen Abruf bis zur Genehmigung der Niederschrift der betreffenden Sitzung im Internet zur Verfügung zu stellen. Die Kosten belaufen sich auf ca. 22.200 Euro. Nach Auswertung soll Ende dieses Jahres über die Fortführung entschieden werden.

Der Rat wurde über die **Einkünfte aus Nebentätigkeiten im Jahr 2015 von Oberbürgermeister Thomas Geisel** informiert. Insgesamt bezog er 54.558 Euro, davon 30.100 von der Stadtparkasse. An die Stadt sind 18.458 Euro abzuführen.

Personalien

Der Rat schlug für die Besetzung des **Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit** Stadtdirektor Burkhard Hintzsche, Roland Buschhausen (Leiter des Amtes für soziale Sicherung und Integration), Bürgermeisterin Klaudia Zepuntke (SPD) und Olaf Lehne (CDU) vor.

Im **Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften** wird Helga Leibauer durch Matthias Herz setzt, in der **Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Abfallwirtschaft Rhein-Wupper** Bergit Fleckner-Olbermann durch Katja Goldberg-Hammon.

Investitionen

Der Rat beauftragte einstimmig die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung der folgenden Projekte:

- **Regenüberlaufbecken Cecilienallee.** Im Bereich des Rheinparks ist der Bau eines Regenüberlaufbeckens erforderlich. Es werden zwei Varianten näher untersucht: 1. unterirdisches Regenüberlaufbecken mit einem Mischwasserbehandlungsvolumen von ca. 6200 Kubikmetern im südlichen Bereich des Rheinparks Golzheim. 2. Tiefliegender Stauraumkanal mit einem Innendurchmesser von 2,40 Metern und einer Länge von ca. 1.460 Metern entlang der Parkstände und des Radweges an der Cecilienallee vom Victoriaplatz bis zur Theodor-Heuss-Brücke mit einem Mischwasserbehandlungsvolumen von ca. 7800 Kubikmetern. Die Trasse soll den Eingriff in die Kastanienallee ausschließen oder auf ein Minimum reduzieren. Bei beiden Varianten sind Umbauten an den Regenüberlaufbauwerken Venloer Straße und Victoriaplatz notwendig. Derzeit werden die Kosten auf 26,1 Mio Euro geschätzt. Die Maßnahme soll von Ende 2020 bis Ende 2023 durchgeführt werden (einstimmig);
- **Neubau eines Hallenbades auf dem Grundstück des Allwetterbades Flingern** mit einem 25 m Sportbecken (8 Bahnen), einem Nichtschwimmerbecken mit Hubboden, einem Sprungbecken mit Hubboden sowie die Sanierung des Freibades mit einem 50 m Schwimmerbecken, Nichtschwimmerbecken und Sprungbecken mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von bis zu 21,7 Mio Euro netto. Er beschloss, die benötigten Grundstücksflächen der Bädergesellschaft im Wege des Erbbaurechts zu überlassen und stellte für die weitere Planung in 2016 0,7 Mio Euro zur Verfügung. Die Detailplanungen sollen im 2. Quartal 2016 beginnen, der Baubeginn ist 2017 geplant, die Fertigstellung Anfang 2019.

Der Rat beschloss die Ausführung und Finanzierung der folgenden Projekte:

- Neubau eines 4-geschossigen Erweiterungsbaus am **Heinrich-Hertz-Berufskolleg**, Redinghovenstraße 16 durch die Immobilien Projekt Management GmbH (IPM) mit Gesamtkosten von 15,4 Mio Euro. Der Rat soll bis zur Fertigstellung des Gebäudes abschließend mit der Finanzierungsfrage – Mietmodell oder Beauftragung – befasst werden (gegen CDU). Der Rat ermächtigte die Verwaltung, eine entsprechende Erklärung abzugeben und die Mehrkosten

der Zwischenfinanzierung durch städtische Mittel sicherzustellen (gegen CDU). Für Ausstattung und Inventar werden 2,25 Mio Euro veranschlagt, die von der Stadt zusätzlich zu tragen sind. Baubeginn ist im 4. Quartal 2016 vorgesehen, Fertigstellung voraussichtlich im 3. Quartal 2018;

- Ausbau des Dachgeschosses an der **Gemeinschaftsgrundschule Kronprinzenstraße 107** durch die Immobilien Projekt Management Düsseldorf GmbH (IPM) mit Gesamtkosten von 1,5 Mio Euro. Hier werden Schülertoiletten und sechs Unterrichtsräume als Klassen, Mehrzweck- und OGS-Räume geschaffen. Baubeginn erfolgt im 2. Quartal 2016, Fertigstellung im 4. Quartal 2016 (einstimmig). Der Antrag der CDU, den Ansatz für Kunst am Bau zu streichen, fand keine Mehrheit;
- Ausbau der **Friedrich-von-Bodelschwingh-Grundschule**, Cimbernstr. 24 zur Erhöhung der Zügigkeit von zwei auf drei. Der zweigeschossige südliche Gebäuderiegel wird durch einen viergeschossigen Neubau mit einer Aula und Pausentoiletten im Untergeschoss ersetzt; Gesamtkosten 8,6 Mio Euro. Baubeginn im 3. Quartal 2016, Fertigstellung ca. 1. Quartal 2018 (einstimmig). Der Antrag der CDU, den Ansatz für Kunst am Bau zu streichen, fand keine Mehrheit;
- Sanierung des **Verwaltungsgebäudes des Garten-, Friedhof- und Forstamtes Kaiserswerther Str. 390** mit Gesamtkosten von 2,3 Mio. Im 1936 errichteten denkmalgeschützten Gebäude wird der Dachstuhl saniert, verstärkt, gedämmt und brandtechnisch ertüchtigt. Die unterkellerte Terrasse wird erneuert. Im von Schimmel befallenen Keller werden Betonsanierungen durchgeführt und eine Kälte-Wärme-Anlage eingebaut, damit weiterhin Akten gelagert werden können. Die Elektroanlage wird saniert. Die Fassade wird neu verfugt und gestrichen. Im Erdgeschoss wird eine Behinderten-Toilette eingebaut und ein barrierefreier Zugang geschaffen. Baubeginn ist im 3. Quartal 2016, Fertigstellung im 3. Quartal 2017 (einstimmig);

Planungsrecht

Der Rat beschloss gegen Linke

- die Änderung des Bebauungsplanes „**Südlich Greifweg**“ (Oberkassel). Das früher als Gewerbegebiet ausgewiesene Areal südlich des ehemaligen Bahnhofs Oberkassel wird nun als Misch- und allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Im Mischgebiet sind Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Sortimenten zulässig. Im eingeschränkten Gewerbegebiet sind Betriebe zulässig, die das Wohnen nicht stören. Eine vorhandene Schreinerei genießt Bestandsschutz. Die Bebauungsstruktur besteht aus einer aufgelockerten Bebauung in offener Bauweise mit drei- und viergeschossigen Gebäuden jeweils mit Staffelgeschoss. Am Heerdter Dreieck ist ein 7-geschossiger Hochpunkt als Büro- und Geschäftshaus vorgesehen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer